



ANGRIFFE AUF FRAUEN DURCH DEN TÜRKISCHEN STAAT IN KURDISTAN

**FREIER FRAUENKONGRESS
(KJA)**

24 Mai 2016

kjadiplomacy@gmail.com
kongreyajinenazad@gmail.com
twitter: [@kjadiplomacy](https://twitter.com/kjadiplomacy) / [@2015KJABASIN](https://twitter.com/2015KJABASIN)

Einführung

Im heutigen Zustand des 3. Weltkriegs, in dem die Umgestaltung des Mittleren Ostens diskutiert wird, hat das kurdische Volk durch seinen Kampf um Freiheit und Gleichheit einmal mehr die Frage nach dem „Status“ auf die Tagesordnung der Welt gebracht. Das demokratisch selbstbestimmte System, erzielt durch den gleichen, freien und freiwilligen Zusammenschluss der Völker, Kulturen und Glaubens-/religiösen Gruppen, das vom Führer der Kurden, Abdullah Öcalan, als ein Lösungsmodell eingebracht wurde, wird als Bedrohung für die totalitäre Politik der Nationalstaaten und der regionalen Interessen des globalen Kapitals angesehen. Trotzdem besteht die kurdische Befreiungsbewegung mit ihren Perspektiven, die auf der Befreiung der Frau, ökologischer und demokratischer Selbständigkeit beruhen im mittleren Osten nun seit fast einem halben Jahrhundert als eine säkulare ständige Dynamik unter der Führung von Frauen. Die eigennützige und totalitäre Politik des globalen Kapitals wird im mittleren Osten durch die Gesetzgebung der AKP - die den Friedens- und Dialogprozess, der seit 2013 zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Befreiungsbewegung geführt wurde, abgebrochen hat - gegen die kurdische Bevölkerung und besonders die Frauen in Form von Völkermord, der in Nordkurdistan das Niveau von Kriegsverbrechen überschritten hat, ausgeführt. Die AKP-Regierung träumt davon, eine Hegemonie im mittleren Osten zu errichten und ihre expansionistischen und kolonialistischen Strategien durchzuführen, in dem sie das in 4 Teile geteilte Land Kurdistan mit militärischen, sexistischen, nationalistischen und sektiererischen Mitteln angreift. Sie zielt darauf, die internationale Gemeinschaft fehlzuleiten, indem sie den gerechten Krieg des Kongresses der Freien Frauen (KJA) und anderer demokratischer Gesellschaftskräfte in Kurdistan, die für ein gleichberechtigtes und freies, würdevolles System der demokratischen Selbstbestimmung eintreten, als „Konter-Terrorismus“ bezeichnen und die ökonomische, politische und soziale Selbstverteidigung von Frauen durch Sicherheitsdiskussionen kriminalisieren.

In diesem Zusammenhang widerstehen die Strukturen der KJA und der Bevölkerung von Kurdistan der totalitären Gewalt und dem Terror des Staates durch die Perspektive eines pluralistischen Systems eines demokratischen Bündnisses und die Bestrebung einen Mechanismus der Selbstregierung aufzubauen. Diese Bündnisstruktur, die von Frauen aufgebaut wurde, zielt auf die Systematisierung eines demokratischen freien Lebens im Gegensatz zum kapitalistisch-männlichen Monopol. Der weibliche Kollektivismus, die Solidarität und die Institutionalisierung unter dem Schirm der KJA repräsentiert die Vereinigung von Frauen, Menschen, Identitäten, Glauben und Religionen, Gemeinschaften, Kulturen, Sprachen und der Natur gegen die zerstörerischen und auf Auslöschung ausgerichteten Versuche, die vom männerdominierten System eingeführt wurden. In dem Bündnisssystem der Frauen beruht die Selbstverteidigung der Frauen gegen politische, soziale und kulturelle Angleichung auf Stadtteil-Gemeinschaften, Stadtteil-Versammlungen, Frauenakademien, Produktions-Kooperativen, auf Geschlechtergleichheit beruhenden Schlichtungs-Komitees und Frauen-Solidaritätszentren, die gegen jede Form der Gewalt kämpfen, einschließlich sexueller Belästigung, Vergewaltigung, frühe Verheiratung und Polygamie. In Gruppen organisierte Frauen kommen unter dem Schirm der KJA zusammen. Nicht nur Frauen aus stadtteilbasierten Organisationen, sondern auch Frauen aus gemischtgeschlechtlichen Organisationen, wie lokale Regierungen, politische Parteien, NGO's und kulturellen- und Glaubensgruppen, die das 50% Ko-Vertretungssystem auf allen Ebenen nutzen, kommen unter dem Kongress-Schirm zusammen.

Neben den oben erwähnten Leistungen, eine Selbstverwaltung in Bildung, Justiz, Gesundheitswesen, Produktion und öffentlicher Ordnung, basieren auf der gleichen und demokratischen Teilhabe von Frauen aufzubauen, war ein weiterer signifikanter Erfolg im Dialogprozess des Frauenkampfes um Organisation im Januar 2015, dass die KJA Koordination der Delegation beitrug, die am Verhandlungstisch sitzen sollte. Dieser Erfolg kam aufgrund von Mr. Abdullah Öcalan, der die Freiheit der Frauen und den Kampf als das wichtigste fundamentale Element für die Demokratisierung der Gesellschaft ansieht und seine Beharrlichkeit, dass ein wahrer und andauernder Frieden ohne gleichberechtigte Vertretung von Frauen nicht möglich ist zustande.

Zunehmende Gewalt und Unterdrückung: nahende zivile Putsch

Öffentliche Ankündigungen von gesellschaftlichen Kräften aus der Türkei und Kurdistan und von der kurdischen Freiheitsbewegung, die seit 1993 acht einseitige Feuerpausen erklärte, genauso wie Türkei-weit gesammelte Studien und Untersuchungsergebnisse zeigen, dass eine hohe Bereitschaft besteht, den Dialogprozess zu fördern. Trotz dieser Unterstützung hat die AKP-Regierung genau in diesem Moment ein neues internes Sicherheitsgesetz genehmigt und beschleunigte den Bau von Polizeistationen, 'kalekol's' (befestigte, burgenartige militärische Außenstellen) und Sicherheitssperren, um die verlassenen Guerilla-Gebiete in Kurdistan zu besetzen. Als Fortsetzung der kolonialistischen Politik, die Geographie von Kurdistan unter militärische Kontrolle zu bringen, zielten diese Einmischungen auf die Auslöschung des weiblichen Bündnissystems, das durch Ausweitung der selbstverwalteten und selbstverteidigten Gebiet an Willenskraft und organisatorischer Stärke zunahm. „Sicherheits-„Türme wurden inmitten von Wohngebieten errichtet, Staatstruppen patrouillieren ständig in den Stadtteilen, angeblich für die Sicherheit, und Schikanen und Kontrollen, die die Privatsphäre verletzen wurden als schwerer Angriff auf die Vergesellschaftung der Frauen durchgeführt. Belästigungen durch Soldaten schränkten die Mobilität der Frauen ein. Aber die Frauen haben auf diesen Druck mit einer Verstärkung ihres Widerstands reagiert und führen die gegen die Errichtung der 'kalekol's' organisierten Proteste in vielen Provinzen und Distrikten an. Staatliche Sicherheitskräfte haben die lokale Bevölkerung bei diesen Gelegenheiten brutal angegriffen und viele von ihnen abgeschlachtet. Die Sicherheitssperren, die zu ökologischer und sozialer Zerstörung führen, haben die vom Frauensystem gegen das männliche Monopol geschaffenen Produktionsgebiete überschwemmt. Sie haben Grenzen zwischen Familien und Gemeinschaften gezogen und die Bewohner der Orte zur Migration gezwungen.

Um den Traum eines totalitären, sexistischen, sektiererischen und militaristischen Syrien unter der Führung der AKP zu verwirklichen, hat die Regierung sowohl die internationale Hilfe als auch die Unterstützung aus Nordkurdistan für den Widerstand, den die Bevölkerung in Rojava unter der Führung von Frauen gegen den ISIS wagte, kriminalisiert. Die AKP hat unter Hinzurechnung aller organisatorischen Kräfte und Solidarität unter den Kurden auf die Organisation im Norden gezeigt, um die Rückkehr zu ihrer Verleugnungs- und Ausrottungspolitik zu rechtfertigen. Damit und gleichzeitig zu den parallel weiterlaufenden „Dialog-„Treffen traf Erdoğan im September 2014 Vorbereitungen für einen umfassenden Plan für Krieg und Völkermord, der später unter dem Begriff '**Çöktürme Planı**' (wörtlich: Plan, um (die Kurden) in die Knie zu zwingen). Der Plan sah vor:

„Spezialeinheiten der Polizei, spezielle Kriegskommandos und bewaffnete Kräfte werden Operationen in Form von Blockaden gegen die Stadtteile und die Gebäude starten. Die Stationen der Provinzgendarmerie werden als Operationszentren für diese Einfälle dienen.

Die Gebäude und Wohngebiete unter Blockade werden zerstört, so dass die Möglichkeit zur Rückkehr ausgeschlossen wird. Die Wohngebiete werden durch massenhafte Zerstörung, Beschlagnahme und Evakuierung befreit. In dieser Verdrängungsaktion werden etwa 14.000 Einwohner getötet, 8.000 verletzt, 6.-7.000 inhaftiert und 150. Bis 300.000 vertrieben werden...“

Die zunehmende Unterstützung für die HDP, die in öffentlichen Studien nach der am 28. Februar 2015 verabschiedeten „Dolmabahçe“-Vereinbarung beobachtet wurde und die Teilnahme der HDP an der nächsten Wahl im Juni 2015 nach Überwindung der 10%-Hürde signalisierten der AKP, den Dialogtisch zu verlassen und das Kriegskonzept de-facto umzusetzen, indem ausgedehnte Verhaftungsoperationen und Bombenangriffe auf die HDP, die kurdische Bevölkerung und ihre Politiker begonnen wurden. Wie auch immer, mit ihrer 50% gleichen Vertretung und dem Ko-Leitungs-System, bekam die HDP mit einer Wahlkampagne, die sich auf das „demokratische Autonomieprogramm“ konzentrierte, das den gleichen Status für Bevölkerung und Frauen verlangt, 13,1% der Stimmen und gewann 80 Sitze im Parlament von denen 32 mit Frauen besetzt wurden. Mit 40% weiblichen Abgeordneten aus verschiedenen Kulturen, Glaubensrichtungen und Identitäten hatte die HDP zugleich auch den höchsten Anteil weiblicher Vertreterinnen, die eine politische Partei in der Geschichte der Republik jemals erreichen konnte.

Nachdem die AKP-Regierung die Mehrheit verloren hatte, ging sie zu der grundlegenden Strategie über, das Volk in den Monaten bis zur Wahl im November 2015 mit einem Gerede von schmutzigem Krieg und Spannung zu erschrecken. Diese Strategie schloss auch Angriffe auf die Rechte und Freiheiten von Frauen ein. Trotz Krieg, Terror, Zensur und Angst machender Politik der Regierung kam die HDP wieder über die 10%-Hürde, gewann 59 Sitze im Parlament, 24 davon mit Frauen besetzt. Auch wenn die AKP die Mehrheit im Parlament bekam, konnte sie nicht genügend Abgeordnete für einen Regierungswechsel zu einem Präsidialsystem stellen und führte das Land in eine neue, blutige Ära des Chaos.

Die Praxis der Selbstverwaltung und die Wahrnehmung des Staates: Kriegspolitik, Völkermord und Vertreibung gegen die Frauen und ihre Wohnorte

Zusammenfassend gesagt, hat die AKP **die Friedensgespräche durch Verleugnen der Dolmabahçe-Vereinbarung beendet**, die gemeinsam von den offiziellen Vertretern des Staates und Abgeordneten der HDP als Wegweiser für den Übergang zu den Verhandlungen vorbereitet wurde. Sie steigerten die auf Frauen, Jugend und politische Kräfte im türkischen Kurdistan gerichteten Angriffe und Verhaftungen, die den Kampf entlang einer Achse der Frauenbefreiung fortführten. Inzwischen wurde in allen Bereichen (Gesundheit, Gesetz, Bildung, Selbstverteidigung, Wirtschaft, Ökologie, usw.) ein demokratisch autonomes System basierend auf der Emanzipation der Frauen, ökologischem, gerechten und gleichen Leben errichtet, das die Rechte der Selbstverwaltung selbst der kleinsten Verschiedenheiten durch die Gruppen und Gemeinschaften der selbstverwalteten Gebiete schrittweise verwirklicht hat. Mit der Absicht, den Verhaftungen, außergerichtlichen Hinrichtungen und den abscheulichen staatlichen Eingriffen in das kommunale Leben wie es verwirklicht wurde, etwas entgegen zu setzen, **begannen Jugendliche einen Kampf in den Ortsteilen, um sich selbst und ihre Familien zu verteidigen**. Die Bewohner übernahmen die Methode, Gräben auszuheben, um sich selbst gegen die politischen und militärischen Angriffe, die darauf zielten, das demokratische städtische Leben zu zerstören, zu schützen. Der Staat präsentierte den Medien diese Gräben zum Selbstschutz als Begründung für seine militärischen Angriffe, die auf die vollständige Vernichtung der Sperrgebiete zielen, obwohl er die Entscheidung zum

Völkermord lange vorher getroffen hatte, als er anfang `kalekol's` und Sicherheitssperren zu errichten und den 'Çöktürme Plan' (Plan, um die Kurden in die Knie zu zwingen) vorbereitete.

Während die Reaktionen der kurdischen Bevölkerung zunahmen, gaben verschiedene kulturelle- und Glaubensgemeinschaften und alle Teile der Gesellschaft einschließlich der Frauen durch Erklärungen mit dem gleichen Inhalt bekannt, **dass sie den Ansatz zur Selbstverwaltung in Kurdistan anerkennen**, bestätigten dem Staat ihre Anerkennung durch die letzten lokalen Wahlen und bekräftigten, dass sie auf ihren Forderungen bestehen werden. Lokale Verwaltungen, NGO's, Zusammenschlüsse, politische Parteien und Gruppen aus Bildung, Gesundheitswesen, Rechtswesen, Wirtschaft, Umwelt und politischen Gebieten in Kurdistan wiederholten ihre Unterstützung für das Dolmabahçe Abkommen immer wieder und riefen nach einer Wiederaufnahme des Entscheidungsprozesses. Kurz nach diesen Erklärungen begannen staatliche Kräfte mit der Verhaftung von KJA-Mitgliedern, HDP Ko-Bürgermeistern der Provinzen und Distrikte und der Jugend. Zwischen Juli 2015 und Mai 2016 wurden 11 Ko-Bürgermeisterinnen der KJA eingesperrt und 17 ihres Amtes enthoben. In den selbstverwalteten Gebieten wurden 106 Frauen und 106 Kinder ermordet. 6.142 Menschen wurden festgenommen, 1.796 inhaftiert und 1.382 verurteilt. Mit dem Mord an 3 führenden Mitgliedern der KJA in Silopi und einem in Cizre griff der Staat eindeutig die organisatorischen Kräfte der Frauen an.



Asya Yüksel, Ko-Vorsitzende der Einwohnerversammlung von Cizre; Sêvê Demir, Vorstandsmitglied der KJA und Parteiversammlungsmitglied der DBP; Pakize Nayir, Ko-Vorsitzende der Einwohnerversammlung von Silopi und Fatma Uyar, auch Mitglied der KJA, wurden von staatlichen Sicherheitskräften brutal hingerichtet.

Erste provozierende Angriffe durch den türkischen Staat zielten auf die unantastbaren Werte der Gesellschaft. Kampfflugzeuge, die sowohl das universelle Gesetz als auch die religiöse Rechtsprechung verletzen, bombardierten die Friedhöfe der Guerilla und andere heilige Stätten. Seit Juli 2015 erleben 7 Städte, 22 Bezirke und 150 Stadtteile und Orte, einschließlich Gimgim (Varto) Bezirk von Muş, Ferqîn(Silvan)/Sûr/Lice Bezirke von Amed, Cîzîre/Hezex(Îdil)/Silopi Bezirke von Şîrnax, Gewer(Yüksekova) Bezirk von Colemêrg (Hakkari), Kerboran(Dargeçit)/Dêrik/Nisêbîn Bezirke von Mêrdîn und alle Bezirke von Dêrsîm eine unmenschliche Behandlung durch Blockaden und Sperren.

Die 64 Ausgangssperren, die bis heute verhängt wurden, gingen insgesamt 1039 Tage lang. Staatliche Sicherheitskräfte in der Türkei führen diese inhumane Strategie mittels paramilitärisch anmutenden, rassistischen, sexistischen und faschistischen Kräften, wie z.B. JÖH (Landjäger Spezialtruppen), PÖH (Polizei Spezialtruppen), JITEM (Landjäger

Geheimdienst und Konterterrorismus), TEM (Konterterrorismus) und Esedullah Mannschaft (Mannschaft Allah's Löwen) aus. Kriegsverbrechen wurden willkürlich mit ähnlichen Methoden in den oben genannten, unter Blockade und Sperren stehenden Siedlungen begangen. Im Hinblick auf die genaue Dokumentation und Berichterstattung an die internationale Gemeinschaft durch Menschenrechtsorganisationen und Anwälte (İHD, THIV, Mazlum-Der, MHD), Gewerkschaften (Eğitim-Sen, Sağlık-Sen), Stadtverwaltungen (einschließlich der Vereinigung der Verwaltungen der südostanatolischen Region (GABB)), Zusammenschlüsse (KJA, DTK) und politischen Parteien (DBP, HDP) ist das Schweigen der Welt zu diesen Gräueltaten vollkommen unerklärlich.

Verschiedene Teile von Gever, Şirnex, Nusaybin, Sur und Cizre ausgenommen, die nicht betreten werden können, wurden 2.375 Wohn- und 791 Arbeitsstätten total zerstört. 208.156 Menschen wurden durch die Zerstörung ihrer Wohngebiete gewaltsam vertrieben. Zusätzlich zu diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, dass etwa 1 Million Menschen aus ihren unter staatlicher Blockade stehenden Städten in nahegelegene Städte geflüchtet sind. Die Bevölkerung, die Kurdistan nicht verlassen will, durchläuft einen massiven internen Abwanderungsprozess in die umliegenden Städte und Bezirke. Privatbesitz von Einwohnern, die sich der Entvölkerungsstrategie Kurdistan's widersetzen, wird unter dem Vorwand der „dringenden Enteignung“ beschlagnahmt. Allein in Sur wurden auf diese Weise 6.300 Bauplätze beschlagnahmt und 1.000 Eigentümer haben bis heute keine Antwort auf ihren formellen Einspruch erhalten.

Bezirke/Stadtteile unter Blockade	Einwohnerzahl der Bezirke nach dem adressenbasierten Einwohner Registrierungssystem von 2104	Bevölkerung, die die Stadteile bewohnt, die direkt von den Angriffen betroffen sind
Mêrdîn/Kerboran(Dargeçit) Bezirk: Saray, Tepebaşı, Bahçebaşı und Safa Stadtteile	28.891	15.355
Mêrdîn/Nisêbîn Bezirk: Fırat, Dicle, Yenişehir und Newroz Stadtteile	116.068	33.922
Mêrdîn/Dêrik Bezirk: Kale, Cevizpınar, Dağ und Küçükpınar Stadtteile	61.320	14.280
Amed/Farqîn(Silvan) Bezirk: Tekel, Mesçit und Konak Stadtteile	86.633	14.345
Amed/Sûr Bezirk: Hasırlı, Cevatpaşa, Fatihpaşa, Dabanoğlu, Cemal Yılmaz und Savaş Stadtteile	121.750	26.084
Amed/Bismîl Bezirk:	112.461	11.698

Ulutürk und Dumlupınar		
Amed/Lice Bezirk: der ganze Bezirk	26.427	26.427
Amed/Dicle Bezirk: Bağlarbaşı Stadtteil und alle ländlichen Gebiete	40.033	----
Colemêrg(Hakkari)/Gewer(Yüksekova) Bezirk: Cumhuriyet Stadtteil	68.757	11.900
Colemêrg/Şemizdina Bezirk: der ganze Bezirk	15.739	15.739
Şirnex Stadtzentrum: das ganze Stadtzentrum	112.973	112.973
Şirnex/Cizre Bezirk: Nûr, Cûdî und Yafes Stadtteile	132.857	67.973
Şirnex/Silopi Bezirk: Cûdî, Başak, Barbaros, Nûh, ŞHT Harunboy, Yenimahalle und Turgut Özal Stadtteile	87.150	43.670
Şirnex/Herzax(İdil) Bezirk: der ganze Bezirk	26.511	26.511
Şirnex/Beytüşşebab Bezirk: der ganze Bezirk	5.263	5.263
Gesamt	1.042.833	426.140

Tabelle: direkt und indirekt von den Angriffen der Staatskräfte betroffene Bevölkerung in den blockierten Gebieten, (Orte auf dem Land und in den Bezirken eingeschlossen)



Ansicht von Cizre zerstört und niedergebrannt mit Panzern und Mörsern.



oben: Eine Gruppe Frauen, Verwandte der auf diesem Boden Verwundeten, laufen über den ersten „Boden des Grauens“ in Cizre.

unten: Frauen, die gezwungen wurden, ihren Wohnort zu verlassen.

Sexistische Angriffe durch den Staat

Besonders Frauen sind von den schwersten Angriffen als Antwort auf ihren **Widerstand, ihren Wohnort zu verlassen**, den sie mit großem Arbeitsaufwand erbaut haben, betroffen. Zum Beispiel wurden die Frauen in Cizre, obwohl sie ihre Verwandten und Nachbarn um sich geschart hatten und in ihrem Wohngebiet bleiben wollten, gezwungen ins Stadtzentrum zu fliehen, als Granaten und Mörser ihre Häuser trafen und die staatlichen Sicherheitskräfte von ihren bewaffneten Fahrzeugen Ansagen wie diese machten: **„Wenn ihr nicht geht, werden wir daraus schließen, dass ihr Terroristen seid und schießen“**, **„Wir werden Chemiewaffen einsetzen“**, usw. Jedes Mal, wenn sie vertrieben wurden, standen sie dem Tod oder willkürlicher Gewalt durch die Soldaten oder die Polizei gegenüber. Frauen ziehen meistens zu weniger gefährlichen Orten um, weil sie sich Sorgen um ihre Kinder machen, aber sie werden gezwungen, weiter zu fliehen wenn die Angriffe auch diesen Stadtteil treffen. Das zeigt uns, dass neben dem Krieg auch eine Zwangsvertreibungsstrategie im Spiel ist. Ein weiterer Beweis für die Existenz einer Zwangsvertreibungsstrategie ist, dass die Einwohner bei ihrer Rückkehr die Häuser völlig zerstört und niedergebrannt vorfinden, ihre Besitztümer zu Stücken zerschossen (Teppiche verbrannt, Sofa's zerstoehen, Teller zerbrochen, Wände und Möbel zerschossen, Elektrogeräte mit Äxten zerschlagen, usw.). Die Besitztümer und Kleidungsstücke von Frauen sind besonders betroffen. Fotografien, die den weiblichen Hausbesitzerinnen gehören, werden im Badezimmer gefunden. Sexistische und

rassistische Sprüche an Wänden und Spiegeln sagen: „**Wir sind hier, wo seid ihr Mädchen?**“, „**Wir werden wiederkommen, wenn ihr nicht artig seid.**“, „**Wo sind die *fistanlilar*? (Frauen, die traditionelle Kleider tragen)**“, „**Hühnerhaus**“, usw. Persönliche Kleidungsstücke der Frauen, die überall im Haus verstreut sind zeigen das Verlagen, die Hausbesitzer zu kränken. Die verleumderischen Ansagen, die in Bezug auf Frauenkörper von den bewaffneten Fahrzeugen der staatlichen Sicherheitskräfte gemacht werden und das teilen von Fotografien einer nackten Frauenleiche in Cizre in den sozialen Medien beabsichtigen, die Angst vor Vergewaltigung unter den Frauen zu schüren. Diese Beobachtungen beweisen ganz klar den sexistischen Charakter dieses besonderen Kriegs und der Zwangsvertreibungsstrategie, die hier ausgeführt werden.



oben links: „Dieses Frühjahr werde ich dich in einen Tanga kleiden.“ „TR (türkische Republik) ist eingedrungen, wo ist die Rockträgerin?“ „Wir sind hier, wo sind die *fistanlilar* (Frauen in traditionellen Kleidern)?“, unten links: „Liebe ist anders in Yüksekova. Kerl aus Gonya, Beyşehir“, unten Mitte: „Ein Strumpfhalter umsonst für den der eine *fistan* findet (traditionelles Frauenkleid)“



Trotz all dieser Schrecken sind **70% der Dagebliebenen** in den blockierten Gebieten Frauen, 30% davon junge Frauen und Kinder. Nachdem die Ausgangssperren aufgehoben wurden, patrouillieren immer noch verstärkt Sicherheitskräfte in den Stadtteilen; willkürliche Sicherheitskontrollen gehen ebenso wie Überfälle auf Häuser weiter; Frauen wagen den Kampf, sich selbst von allen Formen der Ausbeutung zu befreien, die von dem männerbestimmten System angestrengt werden, **in dem sie selbstverwaltete Gebiete fordern**. Inmitten der Zerstörung und im Angesicht von in vielen Bezirken immer noch andauernden Unterbrechungen der Strom- und Wasserversorgung streben die Frauen danach, die noch vorhandenen Räume und Häuser aufzuräumen, bereiten hygienische Lebensbedingungen und stellen die Geselligkeit der Frauen wieder her, in dem sie ihre Stadtteilversammlungen wieder aufnehmen. Die Frauen in Kurdistan, die weltweit die Erfahrung eines frauenbestimmten kommunalen Lebens, das 5.000 Jahr zurück datiert, geerbt haben und heute führen, geben dem Frauenkampf auf der ganzen Welt Hoffnung, indem sie ihr eigenes demokratisches Selbstverwaltungssystem als Gegenstück zum männerbestimmten kapitalistischen System aufbauen.



Der unverwandte Kampf der KJA, eine Selbstverwaltung und Selbstverteidigung als ein System der Frauen aufzubauen, im Gegensatz zum von der AKP geförderten System, das Frauen in männerbeherrschte Familien verbannt und dem Staat unterordnet, erschüttert die Strategie der AKP Frauen sowohl in der Türkei als auch in Kurdistan abzusondern, im Kern. Diese rückschrittliche Einstellung auf der Ebene der Freiheit der Frauen in der letzten Dekade hat ernsthafte Probleme für die Einführung der Zivil- und Rechtsnormen und des Gesetzes gegen Gewalt verursacht; bemüht, Gesetze zum Verbot von Abtreibung und zur Legitimierung von Vergewaltigung zu erlassen und häusliche Geschlechterrollen einzuführen, um die Position der Frauen auf dem Arbeitsmarkt festzulegen. Das politische Projekt der AKP, das nach der Kontrolle über die ganze Gesellschaft durch die Kontrolle der Frauen und der Familie trachtet, beabsichtigt die Geschlechterrollen zu fördern und zu sozialisieren, die Gewalt gegen Frauen ermutigen. Das Motto, **„Sei nicht der Sklave der Frau, sondern der Herr deiner Familie“**, wurde eine offizielle Staatsstrategie. Als ein Ergebnis der Einführung von z.B. der verstärkten privaten Waffenausrüstung von Männern, die militaristische männliche Gewalt in den blockierten Gebieten provoziert, Zwangsvertreibung, Armut, Rückzug der Frauen ins Haus als kostenlose Arbeitskraft und verschärfte Schutzanordnungen oder erschwerte Scheidung, erhöhte sich die Zahl der in der Türkei ermordeten Frauen während der AKP-Herrschaft um 1.400%. Ein Bericht, der von der Scheidungskommission des Parlaments vorbereitet wurde um „die notwendigen Maßnahmen zur Stärkung der Institution Familie herauszufinden“ und der im Mai 2016 veröffentlicht wurde, regt an die mit großen Schwierigkeiten über die Jahre durch den Kampf der Frauen in der Türkei gewonnen Rechte der Frauen und Kinder abzuschaffen. Der Bericht heißt es gut und empfiehlt Strategien, wie z.B. die Legitimierung von Vergewaltigung und sexueller Belästigung durch eine Heirat des Täters mit dem Opfer zu legitimieren, Kinder zur Heirat und Frauen durch die Verschärfung der Bedingungen für eine Scheidung zu einem längeren Aushalten in einem gewalttätigen Umfeld zu zwingen. Die AKP plant auch, die Frauen in der Türkei außerhalb von Kurdistan zu entmutigen, indem sie militärische Gewalt und Angriffe auf kurdische Politikerinnen und Aktivistinnen zu einer Medienshow gestaltet, die den Kampf der Frauen in Misskredit bringen soll. Auf der anderen Seite plant sie eine grundsätzliche Vorgehensweise, die die organisierten Abwehrmechanismen der Frauen durch Bürgerkrieg und Zwangsvertreibung zerstört. Die KJA als vorangehende Kraft der kurdischen Frauen, blockiert die eingreifenden Pläne der Staatskräfte, die versuchen die Körper der Frauen zu einem besonderen Schlachtfeld zu machen. Sie kämpft gegen die systematische Einführung der Vergewaltigungskultur in

blockierten Gebieten, zeigt die sexistische Politik gegen Frauen auf, widersetzt sich sexueller Belästigung und Vergewaltigung und schafft Selbstverteidigung basierend auf der Willenskraft der Frauen. Die KJA wird der Verleugnungs- und Vernichtungspolitik des männlich dominierten Staatssystems niemals zustimmen, die auf die vollständige Vernichtung von Menschen und ihren Lebensräumen zielt. Während wir betonen, dass wir unseren Kampf gegen diese Massaker ausweiten werden, erinnern wir noch einmal alle Staaten auf der ganzen Welt daran, dass sie sich in diesem Völkermord zu Komplizen machen, wenn sie weiter schweigen.



KONGREYA JINÊN AZAD

Menschenrechtsverletzungen in einer Gesellschaft die Blockaden standhält:
Unehrenhafte, unmenschliche Behandlung und Eingriffe in das Recht auf Leben:
Schwere Waffen, die von Land- und Lufttruppen in Kriegssituationen gegen ausländische Staaten benutzt werden, werden gegen Zivilpersonen und ihre Lebensräume eingesetzt. Die 64 bislang in einem Stadtzentrum und 22 Bezirken von 7 verschiedenen Städten und davon zig Stadtteilen verhängten Ausgangssperren belaufen sich insgesamt auf 1.039 Tage. 731 Menschen wurden in den gesperrten Gebieten von Cizre, Silopi, İdil, Şırnak, Yüksekova, Nusaybin und Sur seit Beginn der Blockaden (Juli 2015) getötet. Bisher konnten 192 Leichen nicht identifiziert werden. Staatsangestellte (Soldaten, Polizisten) greifen Zivilisten als paramilitärische Kräfte mit Schneemasken und ohne Ausweise an. Heckenschützen töten willkürlich Personen und alle Lebewesen, die sich in den Straßen bewegen. Die Bewohner werden durch die Verbreitung von Nachrichten und Ansagen über den Gebrauch chemischer Waffen zur Flucht gezwungen. Alle Menschen, besonders die Verwundeten und die Leichen, sind entehrender und unmenschlicher Behandlung und Folter ausgesetzt. Herabwürdigende Behandlung unter dem Vorwand der Körperdurchsuchung wird fortgesetzt, wenn jemand die Wohngebiete betritt oder verlässt. Festnahmen und Inhaftierungen halten an. Willkürliche Nackt-Untersuchungen in den Gefängnissen werden als eine Form systematischer Folter durchgeführt.

Eingriffe in das Recht auf Schutz und Zwangsvertreibung:

Während die meisten Häuser in gesperrten Gebieten vollständig zerstört sind, sind sie in anderen Stadtteilen schwer beschädigt, besonders die Türen, Fenster und Elektrogeräte. Sexistische, erniedrigende und beschämende Schriften sind an die Wände in den Häusern geschmiert, auf Kleidung wird der Darm entleert und es werden Zeichen und Anblicke hinterlassen, die die Zurückkehrenden überall an den Überfall erinnern.

Eingriffe in das Recht auf Nahrung:

Der Zugang zu Essen und Wasser wird behindert. Hilfe und das Teilen von Nahrung unter den Einwohnern wird kriminalisiert. Die Anwohner werden durch die Verbreitung von Nachrichten über eine Vergiftung des guten Wassers erschreckt und zum Abwandern gezwungen.

Eingriffe in das Recht auf Gesundheit:

Staatliche Sicherheitskräfte verwandeln die Obergeschosse von Krankenhäusern in Militärbasen. Während zivile Hilfsorganisationen zu Terroristen erklärt werden, wird freiwilligen Helfern der Zugang in die Städte verwehrt. Personen, die bestrebt sind Verwundete ins Krankenhaus zu bringen werden zusammen mit den Verwundeten hingerichtet und ihre Leichen bleiben tagelang auf der Straße liegen. Auf der anderen Seite führt der Verlust von Verwundeten, die wegen der Gefahr verhaftet oder hingerichtet zu werden unter unmöglichen Bedingungen behandelt werden, bei den Menschen zu Gefühlen von Versagen und Schuld. Staatliche Sicherheitskräfte hindern Patienten mit chronischen Krankheiten an der Behandlung. Besonders die Frauen versuchen ihre eigenen Gefühle zu unterdrücken um die Kinder vor der Angst zu bewahren, besonders wenn die Kinder krank sind. Schwangere, die zu einer Geburt unter unhygienischen Bedingungen gezwungen sind, erleiden Fehl- oder Totgeburten. Mütter können aufgrund von Traumata keine Milch geben. Kinder bekommen keine Schutzimpfungen. Die Verbreitung von ansteckenden Krankheiten durch das unerlaubte Sammeln von Abfällen kann nicht aufgehalten werden. Ernsthafte Ernährungs- und Hygieneprobleme aufgrund eines Einfuhrverbots für Nahrung, Wasser und Heizen verursachen weitere Krankheiten. Die ganze Gesellschaft, besonders Kinder und ältere Leute, leiden an schweren Traumatisierungen, die sich durch die Atmosphäre der Verzweiflung, durch Schüsse schwerer Waffen, Leichen, die auf den Straßen liegen bleiben, Verwundete, denen medizinische Hilfe über längere Zeit vorenthalten wird, Zerstörung der Wohngebiete und Mitansetzen der Massaker, die auf ihrem Boden stattfinden ansammeln. Die Zahl der Herzinfarkte ist nach Aussagen der Gewerkschaft der Arbeiter im Gesundheitswesen in Diyarbakır um 600% gestiegen.



Leichen bleiben auf den Straßen der gesperrten Gebiete liegen, während man auf die Ambulanz wartet. Cizre Landeskrankenhaus, während der Blockade als militärische Basis genutzt.

Eingriffe in das Recht auf Bildung: Der Minister für Bildung hat mit einem Telefonanruf an die Lehrer in den blockierten Städten die Schulbildung gestoppt, in dem er sagte: „Ihr seid zum internen Training bestellt.“ Während alle Bildungsinstitutionen von lokalen Behörden geschlossen wurden, wurden die staatlichen Schulen zu Polizei- oder Militärstützpunkten umgewandelt. Provozierende, sexistische und verängstigende Sätze auf den Tafeln, wie z.B. „Jetzt ist es an uns, euch etwas beizubringen“, wollen eine Angleichung erzwingen. Nach Aussage der Gewerkschaft für Bildung und Wissenschaft in Diyarbakır hat der Schulbesuch in den Grund- und Oberschulen der Stadtteile von Sur, anders als in den gesperrten Stadtteilen, um 53% abgenommen. 1.128 Akademiker, die in einer Petition erklärten, dass sie „kein Teil dieses Verbrechens“ sein werden, begegnen Drohungen und Druck, wie z.B. Entlassung, Ermittlungen und Arrest. Es wurden Ermittlungen gegen tausende von Lehrern und Mitglieder der Gewerkschaft für Bildung und Wissenschaft (Eğitim-Sen) gestartet, 5.000 davon allein in Amed (Diyarbakır), mit dem Resultat, dass hunderte von ihnen ihren Arbeitsplatz verlieren. Die Lehrerin Ayşe, die über eine live-Schaltung mit einer TV-Show verbunden war sagte „lasst die Kinder nicht sterben“ musste unvorstellbare Schrecken erleben und wurde vor Gericht gestellt.



Schulen in den Sperrgebieten werden zu Polizei- oder Soldaten-Stützpunkten umgewandelt.

Eingriffe in persönliche und gesellschaftliche Rechte, das Recht auf Sicherheit, Ausdrucks- und Organisationsfreiheit: Alle Versuche, das Recht auf Selbstverwaltung anzunehmen, hatten Festnahmen und Inhaftierungen zur Folge. Seit Juli 2015 wurden 6.000 Menschen verhaftet und rund 1.800 eingesperrt. Das Angebot einer konstitutionellen Änderung zur Aufhebung der Straflosigkeit von unter Anklage stehenden Parlamentsmitgliedern wurde vom türkischen Parlament im Mai 2016 angenommen. Von den 59 HDP-Abgeordneten im Parlament erwartet 50 nun Strafverfolgung wegen der 405 Anklagepunkte, die gegen sie stehen. 216 Fälle beruhen auf dem Vorwurf „terroristischer Verbrechen“. Bei den Angriffen auf die Institutionen in Kurdistan (KJA, DBP, HDP Provinz- und Bezirksorganisationen, Kulturzentren, Stadtteile, Bezirks- und Stadtversammlungen) werden Mitglieder und Vorstände inhaftiert und die Archive der Institutionen beschlagnahmt. Festnahme oder Deportation von Aktivisten, Reportern und Parlamentariern, die aus den türkischen Metropolen oder aus dem Ausland kommen, demonstrieren die harte Isolationspolitik, die gegen Kurdistan eingesetzt wird.

Eingriffe in das Recht auf Gerechtigkeit und Gleichheit vor dem Gesetz: Während die Türkei mit dem Hinweis auf das innerstaatliche „Interne Sicherheits- und Antiterror- Gesetz“ alle internationalen Grundsätze genauso wie die Persönlichkeitsrechte und das Recht auf Freiheit brüskiert und die Völkermord-Konvention, CEDAW, Menschenrechte, Kinderrechte, Abkommen gegen Folter, Abkommen zum Schutz des Weltnatur- und Weltkulturerbes und die Ottawa- und Kyoto-Abkommen verletzt, die sie unterzeichnet hat, schweigt die Welt. Ungeachtet der nahezu täglichen Anträge und Eingaben an internationalen Gerichten bezüglich der Kriegsverbrechen, besonders in Cizre, werden keine Maßnahmen ergriffen und die einstweilige Verfügung der Europäischen Menschenrechtskommission (ECHR) wird vom türkischen Staat nicht beachtet. Der Aufschub des Fortschrittsberichts der EU-Kommission 2015 auf nach den Wahlen im November 2015 und das Schweigen über die Verletzung fundamentaler Rechte im Gegenzug für die Zusammenarbeit der türkischen Regierung wegen der Flüchtlinge, erzeugt Misstrauen unter der kurdischen Bevölkerung gegenüber der EU. Die Anträge an die ECHR, die ergebnislos bleiben fördern das Misstrauen weiter.

Eingriffe in das Recht auf Kommunikation: Sowohl nationale als auch internationale Reporter stehen noch nie dagewesenen legalen Hindernissen und Inhaftierungen gegenüber, bis hin zu ernsthafter Bedrohung ihres Lebens. Bis Ende 2015 hat die Regierung den Zugang zu 90 Nachrichtenportalen, Medienkanälen und Internetseiten gesperrt. Über 23 Internetseiten, die überwiegend zu Themen in Bezug auf die Beschlüsse zur kurdischen Frage berichteten, wurden geschlossen. Sexistische Angriffe auf Reporterinnen dauern an. Die in Diyarbakır angesiedelte JINHA News Agency, die nur aus Frauen bestand, wurde in Gewahrsam genommen. Tausende Nutzer der sozialen Medien werden wegen Diffamierung angeklagt. Es erinnert an die Zeit des Staatsstreichs von 1980, das die etablierten Medien beschließen, die Wahrheit zu verdrehen oder zu schweigen, entweder aufgrund von Drohungen der Regierung oder ihrer politischen/wirtschaftlichen Loyalität.